



Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441  
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail [ralf.witzel@landtag.nrw.de](mailto:ralf.witzel@landtag.nrw.de)

Düsseldorf, 12. August 2016

## ***PRESSEINFORMATION***

### **Innenminister verweigert Transparenz bei Großasyl im Opti-Park: Witzel will Kosten und Verwendungsperspektive erfahren**

Essens FDP-Landtagsabgeordneter Ralf Witzel hat sich bereits im Juni mit einer offiziellen Parlamentsanfrage zur Zukunft der großen Asyleinrichtung Opti-Park an die Regierung gewandt, um nach deren unerwarteter Räumung mehr über die genauen Pläne und konkreten vertraglichen Modalitäten bezüglich des noch lange laufenden Mietverhältnisses mit dem Land und der daraus resultierenden Kosten für den Steuerzahler zu erfahren.

Die nun vorliegende Antwort des Innenministers hält Witzel auf ganzer Linie für enttäuschend und inhaltsleer: „Die wohl wichtigste neue Erkenntnis lautet, daß der Mietvertrag des Landes noch länger läuft als bislang öffentlich eingeräumt. Der Kontrakt hat sogar eine Festlaufzeit von noch über zehn Jahren bis Jahresende 2016 und erlaubt keine vorzeitige Kündigung. Die bestehenden Vertragsverpflichtungen machen den aktuellen Leerstand noch unsinniger und unwirtschaftlicher. Es gibt dazu immer noch keinen von der Landesregierung kommunizierten Sachgrund, warum gerade diese Einrichtung trotz der fortlaufenden Mietzahlung nicht genutzt wird. Der Innenminister verweigert ferner jede Auskunft zu den weiteren Zahlungsverpflichtungen für die Liegenschaft. Er will bislang nur Möglichkeiten zur Vertragsbeendigung prüfen. Auch kann und will Ralf Jäger Einschätzungen der Essener Feuerwehr zu offenbar leicht behebbaren Brandschutzmängeln nicht dementieren. Mein Fazit: Da es unverändert keinen nachvollziehbaren Grund für die ad hoc vorgenommene Schließung gibt, erneuere ich meine Forderung, diese weitgehend sozialverträgliche Einrichtung zeitnah fortzuführen, um die Stadt Essen bei der Neuerrichtung weiterer hoch problematischer und umstrittener Standorte zu entlasten.“

Die FDP hält es für unsinnig, einerseits hoch konfliktträchtige neue Asylheime in Landschaftsschutzgebieten zu errichten und andererseits große bestehende Einrichtungen ungenutzt zu lassen. Die zusätzlichen Aufnahmeverpflichtungen der Stadt reduzieren sich außerdem in dem Umfang, in dem es Unterbringungsfälle in der Essener Landeseinrichtung gibt.

Selbst wenn es momentan erfreulicherweise eine vorübergehende landesweite Entspannung bei der Unterbringung der zuletzt immensen Zuzugszahlen der Flüchtlingswelle gegeben hat, ist der Unterbringungsdruck in der Stadt Essen noch enorm. Eine immense Anzahl an noch zu schaffenden Asylheimen ist dort noch geplant, um Provisorien wie Zeltdörfer aufzulösen und unverändert erfolgende Neuzuweisungen aufnehmen zu können. Die sich bekanntlich in großer finanzieller Schieflage befindende Stärkungspaktkommune Stadt Essen bringen die noch zu schulternden Asylbewerberaufnahmen an den Rand der faktischen und fiskalischen Belastungsgrenze.

Witzel hat in einer erneuten Anfrage die Landesregierung aufgefordert, endlich alle offenen Fragen zu beantworten: „Dem Land dürfte der enorme Unterbringungsdruck in der Stadt Essen bestens bekannt sein, nachdem vor einigen Monaten mehrere Ortsvereine der SPD bundesweit mit Protestkundgebungen gegen Asylstandorte auf sich aufmerksam gemacht haben, die eher an bekannte Pegida-Aktivitäten erinnern und sogar die Ministerpräsidentin persönlich auf den Plan gerufen haben, um die angespannte Lage etwas zu beruhigen. Für die Essener Bürger bietet sich nun folgendes absurde Bild, dem der Innenminister bislang auch gar nicht entgegentreten kann oder will: Die Stadt Essen betoniert an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet erhaltenswerte Landschaftsschutzgebiete zu, um mit einem Millionenaufwand hoch konfliktär neue Asylheime zu errichten, während das Land seinerseits millionenschwere Mietzahlungen für den Leerstand einer bislang weitgehend konfliktfreien Landeseinrichtung berappt.“

Auch der Bund der Steuerzahler hat sich bereits dieser Thematik angenommen.

Witzel hält den Opti-Park für eine vergleichsweise gut geeignete Einrichtung, da diese als Bestandsbau keinen Eingriff in die Landschaftsplanung darstellt und mit ihrer Lage abseits reiner Wohngebiete trotz der hohen aufgenommenen Bewohnerzahl überwiegend störungsfrei funktioniert hat. Bei all den offenen Fragen müsse die Landesregierung nun zu ihren wahren und bislang unverständlichen Beweggründen umfassend Stellung beziehen.